

Betreff: Projekt B105-G10-MV (OU Mönchhagen/Rövershagen)

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Rostock beschließt:

Der Kreistag stellt sich an die Seite der Gemeinden Mönchhagen, Rövershagen und Bentwisch und unterstützt deren in offiziellen Beschlüssen festgehaltene Ablehnung der derzeitigen Planungen für die Ortsumgehung B105-G10-MV.

Der Kreistag lehnt die im Falle eines Neubaus drohende Umwidmung (Herabstufung) der bestehenden Bundesstraße 105 in den Ortsdurchfahrten Mönchhagen und Rövershagen zur Kreis- oder Gemeindestraße entschieden ab. Der Landrat wird beauftragt, alle juristischen und administrativen Schritte zu unternehmen, um eine Übertragung der Baulast auf den Landkreis Rostock zu verhindern und sich stattdessen für eine Einstufung als Landesstraße einzusetzen.

### **Begründung**

Der Kreistag des Landkreises Rostock erkennt die Notwendigkeit einer Verbesserung der Verkehrssituation auf der Achse Rostock–Ribnitz-Damgarten ausdrücklich an. Dieser Antrag ist keine generelle Absage an eine Ertüchtigung der Verkehrsinfrastruktur, sondern eine klare Positionierung gegen die spezifische, vorliegende Planung einer völlig neuen Trassenführung und für eine vernünftige Alternativlösung.

#### **1. Konstruktive Ablehnung durch die Gemeinden**

Die Gemeinden verweigern sich nicht einer Lösung der Verkehrsprobleme, sie lehnen lediglich die massive Zerschneidung ihrer Strukturen durch die geplante Neubautrasse ab. In ihren Beschlüssen aus dem Jahr 2025 fordern sie stattdessen konstruktive Alternativen:

Mönchhagen empfiehlt vorrangig, den „weiteren verkehrstechnischen Ausbau der bestehenden B105 nochmals zu untersuchen“. Gefordert wird ein „intelligenter Ausbau der bestehenden Streckenführung“, etwa durch Kreisverkehre und dynamische Verkehrsleitsysteme.

Rövershagen schlägt die Untersuchung einer „Hybridlösung“ vor, um die Ortslagen nicht unnötig zu durchtrennen, und fordert intelligente Lösungen auf der Bestandsstrecke.

Bentwisch mahnt an, die bereits vorhandenen technischen Möglichkeiten zur Verkehrssteuerung sofort einzusetzen.

Der Kreistag unterstützt diesen lösungsorientierten Ansatz: Ausbau und Optimierung vor Neubau. Eine Optimierung der Bestandsstrecke minimiert den Flächenfraß und verhindert die Zerstörung gewachsener Strukturen.

#### **2. Finanzielle Risiken für den Landkreis (Baulast)**

Ein Neubau der Ortsumgehung hätte nach fernerstraßenrechtlichen Grundsätzen die Herabstufung der alten B105 zur Folge. Sollte diese zur Kreisstraße abgestuft werden, ginge die Baulast – und damit die volle finanzielle Verantwortung für Sanierung, Instandhaltung und Winterdienst – auf den Landkreis Rostock über.

Die betroffenen Straßenabschnitte behalten jedoch auch nach einem Neubau eine wichtige überörtliche Verbindungsfunktion für prognostiziert ca. zehntausend Fahrzeuge, weshalb die Kriterien für eine bloße Gemeinde- oder Kreisstraße faktisch nicht erfüllt sind. Eine Übernahme dieser Infrastruktur würde den Kreishaushalt langfristig massiv belasten. Dies lehnt der Kreistag ab und fordert eine Lösung, die die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landkreises nicht gefährdet.



Axel Wiechmann  
Fraktionsvorsitzender